



Bürgerhaushalte international – Was können wir aus den weltweiten Erfahrungen mit Bürgerhaushalten lernen?

Roland Roth

Porto Alegre 1989 – Konturen eines neuen Beteiligungsformats

Bürgerhaushalte, PB (participative budgeting) gehören sicherlich zu den weltweit erfolgreichsten Beteiligungsformaten der letzten Jahrzehnte. Sie fehlen in keiner Übersicht und in keinem Handbuch zu aktuellen Partizipationsansätzen, deren Zahl je nach Qualitätsstandard zwischen 180 (www.ncdd.org) und knapp der Hälfte (www.participedia.net) schwankt. Graham Smith hatte sie bereits 2005 in seiner Studie zu 57 demokratischen Methoden jenseits der Wahlurne aufgenommen (1). In ihrer Konzentration auf wesentliche Formate beschränken sich Patrizia Nanz und Miriam Fritsche in ihrer Sammlung von 2012 auf 17 Beteiligungsformate (2). Von der kaum mehr zu überblickenden Literatur über dialogorientierte bzw. deliberative Beteiligungsformate einmal abgesehen, dürften Bürgerhaushalte das partizipative Verfahren sein, das international die größte politische und wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren hat.

Worin liegt die anhaltende Faszination dieser politischen Erfindung, die vor einem Vierteljahrhundert als »Orçamento Participativo« (OP) in einigen brasilianischen Kommunen hervorgebracht wurde? Ohne auf die zeitgeschichtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Brasilien einzugehen, dürften vor allem fünf hervorstechende Merkmale – vielleicht sind es auch nur Erwartungen – zur breiten Resonanz von Bürgerhaushalten beigetragen haben:

- Mit dem kommunalen Haushalt wird ein zentrales Steuerungs- und Verteilungsinstrument lokaler Politik, ihr »Regierungsprogramm in Zahlen« zum Gegenstand von regelmäßig wiederkehrenden Beteiligungsprozessen. Es geht nicht um partizipatorische Girlanden und Spielwiesen, sondern um das Zentrum lokaler Politik.
- Die partizipative Öffnung dieses klassischen Parlamentsrechts verspricht eine Vertiefung demokratischer Praxis, die über die Formen repräsentativer Demokratie hinausweist. Bürgerhaushalte werden als die einzigen Beteiligungsformate angesehen, die – jenseits von Bürgerentscheiden und Referenden zu Einzelthemen – das Zeug zur Entfaltung einer echten partizipativen Demokratie haben (3). Bürgerhaushalte verknüpfen dialogorientierte Elemente der Beteiligung (Bürgerinnen und Bürger entwickeln Haushaltsprioritäten und konkrete Vorhaben) mit direkten Entscheidungen über Ausgaben und Projekte.
- OP sind als Mittel zur Armutsbekämpfung und Umverteilung entwickelt und eingeführt worden. Benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Quartiere sollen durch den partizipativen Budgetprozess die Möglichkeit erhalten, ihre soziale und gesundheitliche Lage durch zusätzliche Mittel zu verbessern. Ziel ist Umvertei-



lung durch veränderte Haushaltsprioritäten. Diese Umkehrung vorhandener Prioritäten erfordert eine möglichst umfassende Inklusion benachteiligter und beteiligungsferner Bevölkerungsgruppen.

- Bürgerhaushalte gewinnen ihre besondere Qualität durch eine mobilisierte und aktive Bürgerschaft. In dem Maße, wie Initiativen, Bürgergruppen und soziale Bewegungen zu Auftraggebern, Ideenspendern, Ko-produzenten und Kontrolleuren staatlichen Handelns werden, verändert sich das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft. Aus der Einladung zur Beteiligung »von oben« (»invited spaces«) können neue Räume bürgerschaftlichen Engagements und zivilgesellschaftlicher Selbsttätigkeit (»invented spaces«) entstehen (4).
- Schließlich sind Bürgerhaushalte ein äußerst anspruchsvoller politischer Lernort (5). Es geht nicht zuletzt darum, eigene Interessen und Wünsche mit den Anforderungen der gesamten örtlichen Gemeinschaft abzugleichen. Die Beteiligten lernen, Bürgerin bzw. Bürger zu sein (»learning citizenship«). Im Idealfall entsteht dabei »kommunale Intelligenz« (6). Dies setzt freilich eine große Portion von Transparenz und Rechenschaftslegung auf staatlicher Seite voraus, verlangt sie aber auch von den engagierten Bürgerinnen und Bürgern.

PB auf dem Weg um die Welt

Die brasilianische Stadt Porto Alegre gilt als Ursprung und Garant für die hohen Erwartungen und die damit verbundene internationale Aufmerksamkeit für dieses Beteiligungsformat. Bis Ende der 1980er Jahre experimentierten lediglich einige wenige brasilianische Städte, in denen soziale Bewegungen und die Arbeiterpartei stark waren, mit partizipativen Haushalten. Im folgenden Jahrzehnt fand die Verbreitung dieses Formats in Brasilien statt. Noch heute ist Brasilien das Land mit der größten Zahl an Bürgerhaushalten (ca. 300). Am schnellsten reagierten die Nachbarländer Argentinien, Uruguay, Chile, Kolumbien, aber auch Peru, Ecuador und einige Staaten der Karibik. In Lateinamerika finden wir heute ein Drittel aller Bürgerhaushalte weltweit, wobei die konkreten Zahlen – abhängig von den gewählten Standards – zwischen 618 und 1.130 schwanken (7). Das 2001 erstmals in Porto Alegre abgehaltene Weltsozialforum hat erheblich zur weltweiten Ausbreitung dieses Demokratiemodells beigetragen und um eine globalisierungskritische Dimension bereichert, gelten doch Bürgerhaushalte seither als eine lokale Antwort auf den Druck globaler Märkte und Institutionen. Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts werden Frankreich, Spanien und Italien zu den Kernländern der Bürgerhaushalte in Europa. Auch in der Bundesrepublik wächst in dieser Zeit, unterstützt durch kommunale Reformnetzwerke wie »Civitas« und »Kommunen der Zukunft«, das Interesse an Bürgerhaushalten.

In Großbritannien und Polen gab es im letzten Jahrzehnt besondere Steigerungsraten, zu denen öffentliche Unterstützungseinrichtungen, wie die inzwischen abgeschaffte PB-Unit, und Förderprogramme (Zuschüsse für Kommunen mit Bürgerhaushalten in Polen) beigetragen haben. Mit 324 bzw. 1.102 Kommunen kann Polen 2012 auf deutlich mehr Bürgerhaushalte verweisen als Deutschland mit seinen rund 100 Beispielen.

Inzwischen finden wir auf allen Kontinenten kommunale Bürgerhaushalte. Afrika verzeichnet in den letzten Jahren rasante Zuwächse (2012 geht man von 77 bzw. 103 Beispielen im Senegal, Kamerun, der Demokratischen



Republik Kongo und auf Madagaskar aus). In Asien finden Bürgerhaushalte seit 2005 Interesse. Heute werden zwischen 58 und 109 Bürgerhaushalte vorwiegend in Südkorea und China, aber auch in Japan gezählt.

Es versteht sich von selbst, dass die 2013 weltweit zwischen 1.269 und 2.778 gezählten Bürgerhaushalte vielfältige Ausprägungen und unterschiedlichste Zielsetzungen vorweisen. Ein Blick auf die verschiedenen »Treiber« dieses schnellen Politikformat-Transfers macht dies deutlich:

- Zur Verbreitung im globalen Süden und in Schwellenländern haben vor allem Entwicklungsagenturen der Vereinten Nationen, UN Habitat und die Weltbank erheblich beigetragen. Im Zentrum stehen dabei Armutsbekämpfung und »good governance«. Beteiligungshaushalte werden als Werkzeug angesehen, um Fördermittel den wirklich Bedürftigen zukommen zu lassen, die Korruption der lokalen Eliten einzudämmen und sie zur verbesserten Rechenschaftslegung (»accountability«) zu veranlassen.
- In den Reformnetzwerken der OECD-Länder (»cities of tomorrow« etc.) geht es vor allem um Verwaltungsmodernisierung. Bürgerhaushalte erscheinen dabei als eines von vielen »tools« des »new public management«, mit dem die Auf- und Ausgabentransparenz der öffentlichen Verwaltung verbessert werden kann und die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Kundenrolle gestärkt werden (8).
- Bis heute einflussreich sind die Demokratie- und Umverteilungsmotive brasilianischen Ursprungs, die von globalisierungskritischen Bewegungen, linken Parteien und Initiativen weltweit aufgegriffen wurden. Bürgerhaushalte erscheinen in dieser Perspektive als eine direktdemokratische »reale Utopie« (9), die eine progressive Antwort auf die neoliberale Demokratieentleerung, die Übermacht des großen Geldes und ein Korrektiv gegen wachsende Ungleichheiten verspricht.

Leichtes Gepäck und Verlustanzeigen

Angesichts dieser heterogenen, teilweise durchaus widersprüchlichen Erwartungen, die mit der Einführung von Bürgerhaushalten verbunden werden, fällt es schwer eine angemessene Zwischenbilanz zu ziehen. Zwei gegensätzliche Varianten stehen zur Auswahl:

- Eine erste Sicht betont die Erfolge. Gerade in den Ländern des Südens und in Schwellenländern haben Bürgerhaushalte zur »Inversion von Prioritäten« zugunsten von benachteiligten Quartieren, zur Mobilisierung von »abgehängten« Bevölkerungsgruppen und Entfaltung einer starken lokalen Zivilgesellschaft beitragen können. Ein strahlendes Beispiel bietet das brasilianische Recife, eine Millionenstadt, wo es mit Unterstützung der Kommunalverwaltung, einer Menge Geld und viel bürgerschaftlichem Engagement gelungen ist, in Schulen und Quartieren überproportional arme Bevölkerungsgruppen für einen kontinuierlichen Budgetprozess mit selbstgewählten Projekten zu gewinnen. Auch einige vergleichende Studien zeigen ähnliche Effekte (10). Senkung der Kindersterblichkeit (11), Zugang zu Trinkwasser, bessere sanitäre Verhältnisse und eine verbesserte öffentliche Gesundheitsversorgung gehören zu den positiven Entwicklungseffekten, die Kommunen mit Bürgerhaushalten vorweisen werden (12). Zudem gibt es Hinweise, dass in Kommunen mit Bürgerhaushalt Klientelismus und Korruption zurückgedrängt werden konnten (13). Auch für positive Effek-



te im Sinne der Verwaltungsmodernisierung lassen sich Belege finden. Ein gern zitiertes Beispiel bieten die partizipativen Haushalte an Gymnasien in der französischen Region Poitou-Charentes, wo die Schülerschaft, Eltern und Schulpersonal Investitionsschwerpunkte für die Schulentwicklung setzen. Immerhin wirbt Porto Alegre auch 25 Jahre nach Einführung des OP für sich als »Stadt der Demokratie« – die »reale Utopie« ist lebendig.

- Auch für eine konträre Sichtweise gibt es genügend Anhaltspunkte. Kritische Analysen von Abläufen und Effekten sprechen selbst für Porto Alegre OP von einem »Mythos«, die Umverteilungseffekte seien gering und die Beteiligungsprozesse »top down« inszeniert. Kleine selbstbestimmte Pilotprojekte werden zum Aushängeschild gemacht, ohne dass die grundlegenden wachstumsorientierten Entwicklungsmuster brasilianischer Großstädte mit ihren sozialen Ungleichheitseffekten infrage gestellt würden. Ohne auf die Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit zu achten, sei um Bürgerhaushalte herum eine Diskurskoalition von Regierenden, Wissenschaftlern und Aktiven entstanden, die einen weltweit ausstrahlenden Mythos bedient. In Wirklichkeit handele es sich lediglich um eine partizipativ angereicherte Form des Regierens (14). Was für die brasilianische Geburtsstadt des Bürgerhaushalts beschrieben wurde, lässt sich auch in anderen Regionen beobachten. Das »new public management« ist nicht zu der Erfolgsgeschichte geworden, mit der es einmal beworben wurde. Der Anteil von Bürgerhaushalten an der Auszehrung dieses Leitbilds dürfte jedoch positiv wie negativ eher bescheiden sein, denn sie waren ohnehin nur marginale Elemente des Gesamtkonzepts. Angesichts der weltweit durchaus ansehnlichen, aber insgesamt doch eher bescheidenen Anzahl von lokalen Bürgerhaushalten dürfte ihr Einfluss auf gutes Regieren und Armutsreduktion nur gering sein. Jedenfalls haben sich Bürgerhaushalte nicht in großer Zahl zum Instrument der Wahl entwickelt, wenn es um einen relevanten Beitrag zur Erreichung der Millenniumsziele geht.

Jenseits dieses Entweder/Oder haben sich einige Trends herausgebildet, die Beachtung verdienen.

- Auffällig ist eine Tendenz zu kleineren Formaten. Während die ersten brasilianischen Bürgerhaushalte mit einem umfassenden gesamtstädtischen Anspruch antraten, dominieren heute Formate, die auf einzelne Stadtteile, Politikfelder (etwa Bildung) oder Bevölkerungsgruppen (z. B. Kinder- und Jugendliche) zugeschnitten und mit begrenzten Budgets oder Projektmitteln ausgestattet sind. Damit wird gleichzeitig der soziale Umverteilungsanspruch aufgegeben, der auf grundlegend veränderte Prioritäten des städtischen Gesamthaushalts zielte.
- Besonders in den OECD-Ländern lässt sich der verstärkte Einsatz von sozialen Medien und internetgestützten Verfahren beobachten. Dominierten bei den brasilianischen Vorbildern noch Hausbesuche, Treffen und Versammlungen der Bewohnerinnen und Bewohner bzw. ihrer Delegierten, so gibt es vor allem in den Ländern des Nordens einen deutlichen Zuwachs an elektronischen Formaten. Sie sind in der Regel weniger inklusiv (»digital divide«), dialogstiftend und vertrauensbildend, als dies von lokalen Versammlungen erwartet werden kann. Am Ende dieser Entwicklung steht ein elektronisch gestütztes Vorschlagswesen, das die Präferenzen von einzelnen zum Ausdruck bringt, aber kein Ergebnis von gemeinsamen Debatten und Ab-



wägungen zeitigt. Dass es auch sinnvolle Kombinationen von Off- und Onlinebeteiligungsverfahren geben kann, soll damit nicht bestritten werden.

- Schlecht steht es um den Anspruch partizipativer Demokratie. Er mag in einigen lateinamerikanischen Kommunen oder in Kerala noch eine Rolle spielen, aber in einer Vielzahl der Fälle überwiegt der konsultative Charakter von Bürgerhaushalten. Bürgerinnen und Bürger dürfen Vorschläge machen, über deren Umsetzung jedoch andere Autoritäten entscheiden. Wie das Beispiel China zeigt, müssen diese nicht einmal repräsentativ-demokratisch legitimiert sein. In ihrer Umsetzung können Bürgerhaushalte als vordemokratisches Vorschlags- und Eingabewesen oder als Unterstützung unterschiedlichster Demokratietypen verstanden werden: von der bürgernahen und deliberativen Demokratie bis zur Multi-Stakeholder und neokorporatistischen Variante, in der privilegierte Akteure der lokalen Zivilgesellschaft einen weiteren Kanal gefunden haben, um ihre Interessen wirksam zur Geltung zu bringen – nun mit der Weihe eines vorgeschalteten partizipativen Prozesses.

Zurück zur »realen Utopie«?

Trotz dieser unübersichtlichen Gemengelage gibt es gute Gründe, auch in unseren Breiten an den weitreichenden Ambitionen von Bürgerhaushalten festzuhalten. In großen Befragungen betonen in den letzten Jahren Bevölkerungsmehrheiten in Deutschland immer wieder, dass sie direkte und wirksame Formen der Beteiligung wünschen (15). Dass dazu Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gehören, ist ebenso wenig strittig, wie der Umstand, dass damit allenfalls punktuelle Korrekturen und Impulse möglich sind. Bürgerhaushalte enthalten ein weiterreichendes direktdemokratisches Versprechen, sie eröffnen eine kontinuierliche, folgenreiche und umfassend angelegte Beteiligungsperspektive.

Auch die Stärkung von benachteiligten und ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen ist notwendiger denn je. Dies gilt für einen demokratischen Prozess, der in seinem Normalbetrieb zunehmend selektiver und elitärer wird. Neuere Wahlanalysen haben auch für Deutschland einen Trend zur »gespaltenen Demokratie« und zu »prekären Wahlen« herausgearbeitet (16). Die soziale Selektivität politischer Beteiligung hat sich so verstärkt, dass in manchen Wahllokalen in Gebieten der »sozialen Stadt« die Wahlbeteiligung inzwischen unter 20 Prozent liegt. Bürgerhaushalte gehören zu den wenigen Formaten, die gezeigt haben, wie Menschen in benachteiligten und armen Quartieren politisch erreicht und gestärkt werden können.

Schließlich herrscht besonders in Deutschland ein verbreitetes Misstrauen gegen deliberative und konsultative Beteiligungsverfahren. Sie werden schnell als folgenlose Symbolpolitik abgetan. Ausschließlich konsultativ angelegte Bürgerhaushalte, die Mehrzahl in Deutschland, können lediglich Aktivbürger im Promille- und niedrigen Prozentbereich mit sinkender Tendenz erreichen. Ein demokratischer Zugewinn kann von ihnen kaum ausgehen. Mit Bürgerhaushalten ist ein konträrer Impuls verbunden, wenn ein Budget aufgelegt wird, über das direkt entschieden werden kann. Es handelt sich um vertrauensbildende Maßnahmen, die den Beteiligten signalisieren, es geht um etwas und wir trauen euch und uns einen pfleglichen Umgang mit öffentlichen Mitteln zu.



Dennoch genügt es nicht, zu den Wurzeln zurückzukehren und die internationalen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte auszublenden. Vielmehr könnten einige Maximen helfen, neuen Schwung in die Debatte über partizipative Haushalte zu bringen:

- Notwendig ist eine »verbale Abrüstung« und Präzisierung. Das Gros der Bürgerhaushalte in der Bundesrepublik verdient dieses Etikett nicht. Wenn es darum geht, Vorschläge aus der Bürgerschaft für Haushaltskürzungen einzusammeln, über die dann der Rat entscheidet, sollte dafür ein angemessener Begriff gefunden werden. Sonst besteht die Gefahr, dass selbst der bescheidene Nutzen solcher Anstrengungen, das Bürgerwissen zu nutzen, unter der Last der großen Erwartungen erdrückt wird. Das gerade im Kontext von Bürgerhaushalten in unseren Breiten so aufdringliche Nebeneinander von emanzipatorischen Phrasen und einer weitgehend symbolischen Praxis – »participatory budgeting as if emancipation mattered« titeln treffend Baiocchi/Ganuza (17) – schädigt die lokale Beteiligungskultur mehr als es ihr nützt.
- Es braucht dringend eine realistische Reflexion über den Nutzen, die Kosten und die Möglichkeiten, die bislang durch partizipative Haushalte realisiert wurden. Es ist zu vermuten, dass sie hierzulande nur sehr wenig mit dem zu tun haben, was die Faszination der brasilianischen Modelle ausmacht. Haben sie eine budgetäre Wirkung in Richtung Umverteilung? Ist es wirklich gelungen, partizipationsferne Bevölkerungsgruppen einzubinden und hatten sie eine Chance, Prioritäten zu setzen? Haben diese Einfluss auf die Ziele der Stadtentwicklung insgesamt gehabt? Genügt der Beteiligungsprozess am Haushalt demokratischen Normen, sind dafür die nötigen Voraussetzungen an Information, Transparenz und Dialog geschaffen worden?
- Angesichts der Dominanz repräsentativer Strukturen spricht einiges dafür, Beteiligungshaushalte in kleiner, aber konvertierbarer Münze zu erproben und weiterzuentwickeln. Budgets für Quartiere, für Schulen, für Kinder und Jugendliche, für Integrationsräte etc. sind zwar weit entfernt von gesamtstädtischen Gestaltungsansprüchen, aber sie erlauben im Kleinen wirksame Formen der Beteiligung und gemeinsame Gestaltung. Es geht um bürgerschaftliche Gestaltungsräume, die von Kommunalparlamenten freigegeben und mit der Aussicht auf gemeinsame Lernprozesse genutzt werden können. Sie rütteln nicht grundsätzlich an repräsentativen Strukturen, aber öffnen sie für erweiterte Partizipationsformen. Damit greifen sie vorhandene Beteiligungsansprüche auf und bieten wirksame Umsetzungsperspektiven. Dazu können auch transparente Budgets, gender und generation budgeting beitragen. Vielleicht entstehen so die erhofften Lernorte für eine aktive Bürgerschaft.
- Budgets, Fonds und partizipative Haushalte benötigen eine Einbettung in eine, oft erst noch zu entwickelnde kommunale Beteiligungskultur. Erst dann gibt es eine Chance, dass sich nicht neue undemokratische Machtstrukturen und Mitnahmeeffekte einstellen. Es kommt darauf an, vielfältige kommunale Beteiligungsprozesse anzuregen, die sich wechselseitig ergänzen und korrigieren. Budgets und Haushalte sollten zu vertrauensbildenden Elementen in kommunalen Beteiligungsatzungen und Leitlinien werden, wie sie gegenwärtig von einer Reihe von Kommunen erprobt werden.



- Als »top down«-Projekt dürften Bürgerhaushalte auf Dauer nur eine begrenzte Resonanz entfalten. Es wird darauf ankommen, Bürgerinitiativen, Genossenschaften, Bürgerstiftungen, Protestgruppen und andere zivilgesellschaftliche Akteure für einen Beteiligungsprozess zu gewinnen, der durch bürgerschaftliches Engagement »bottom up«-Initiativen und Debatten entstehen lässt und befeuert. Als Herausforderung für repräsentative Politikmuster können Bürgerhaushalte so zu einer Lernplattform werden, die deren symbolische und restriktive Umsetzung selbst zum Thema macht.

Anmerkungen

(1) Smith 2005.

(2) Nanz/Fritsche 2012.

(3) Pateman 2012.

(4) Baiocchi et al. 2011.

(5) Streck 2006.

(6) Hüther 2013.

(7) Diese und die anderen Zahlenangaben dieses Abschnitts entstammen der verdienstvollen aktualisierten Übersicht von Herzberg et al. 2014. Dort finden sich auch detaillierte Informationen zu Entwicklungen in einzelnen Ländern und Erdteilen.

(8) Zu den zahlreichen Facetten dieses neuen Stadtmanagements in seiner deutschen Version vgl. Sinning 2006.

(9) Wright 2010.

(10) Baiocchi et al. 2011.

(11) Goncalves 2013.

(12) Vgl. Ling/Roberts 2014.

(13) Vgl. Herzberg et al. 2014: 46 ff.

(14) Moróro 2014.

(15) Zuletzt Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg 2014.

(16) Schäfer et al. 2013.

(17) Baiocchi/Ganuza 2014.



Literatur

- Baiocchi, Gianpaolo/Ganuza, Ernesto (2014): Participatory Budgeting as if Emancipation Mattered. In: Politics & Society (42) 1, 29-50.
- Baiocchi, Gianpaolo/Heller, Patrick/Silva, Marcelo K. (2011): Bootstrapping Democracy. Transforming Local Governance and Civil Society in Brazil. Stanford: Stanford UP.
- Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg (Hg.) (2014): Partizipation im Wandel. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Goncalves, Sónia (2013): The Effects of Participatory Budgeting on Municipal Expenditures and Infant Mortality in Brazil. In: World Development, <http://dx.doi.org/10.1016/j.worlddev.2013.01.009>.
- Herzberg, Carsten et al. (2014): Bürgerhaushalte weltweit. Aktualisierte Studie. Bonn: Engagement Global.
- Hüther, Gerald (2013): Kommunale Intelligenz. Hamburg: edition körper.
- Ling, Cristina/Roberts, Dawn (2014): Evidence of Development Impact from Institutional Change. A Review of the Evidence on Open Budgeting. Policy Research Working Paper 6968: World Bank Institute.
- Moróro, Rogerio Rodrigues (2014): Der demokratische Mythos Porto Alegre. Widersprüche und Wirklichkeit eines partizipativen »Planungsmodells«. Wiesbaden: Springer VS.
- Nanz, Patrizia/Fritsche, Miriam (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure. Chancen und Grenzen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Pateman, Carole (2012): Participatory Democracy Revisited. In: Perspectives on Politics (10) 1, 7-19.
- Schäfer, Armin/Vehrkamp, Robert/Gagné, Jérémie Felix (2013): Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Sinning, Heidi (Hg.) (2006): Stadtmanagement. Strategien zur Modernisierung der Stadt(-Region). Dortmund: Verlag für Architektur, Bau- und Planungsliteratur.
- Smith, Graham (2005): Beyond the Ballot: 57 Democratic Innovations from around the World. London: Power Inquiry.
- Streck, Danilo (2006): Erziehung für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Oberhausen: Athena.
- Wright, Erik Olin (2010): Envisioning Real Utopias. London: New York: Verso.



Autor

Prof. Dr. Roland Roth ist Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal. Er arbeitete als Research Fellow an der University of California in Santa Cruz (UCSC) und am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) sowie als Gastprofessor an der Universität Wien. Roland Roth ist Mitbegründer des »Komitees für Grundrechte und Demokratie« (Köln) und war sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«. Er ist tätig in verschiedenen wissenschaftlichen Beiräten von Stiftungen zu den Themen Demokratieentwicklung, Kinder- und Jugendbeteiligung, Integration und Rechtsextremismus. Prof. Dr. Roland Roth ist Mitglied der Vorbereitungsgruppe des Netzwerks Bürgerbeteiligung.

Kontakt

Prof. Dr. Roland Roth

Hochschule Magdeburg-Stendal

E-Mail: roland.roth@hs-magdeburg.de

Website: www.desi-sozialforschung-berlin.de; www.protestinstitut.eu

Redaktion eNewsletter

Stiftung Mitarbeit

Netzwerk Bürgerbeteiligung

Redaktion eNewsletter

Ellerstraße 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de